

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Inserationspreis 10 Pfg. pro dreigespaltene Corpusspalte.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger daselbst.

No. 52.

Dienstag, den 4. Mai

1897.

Bekanntmachung.

Die in Gemäßheit von Art. II § 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887 — Reichsgesetzblatt S. 245 flg. — nach dem Durchschnitte der höchsten Tagespreise des Hauptmarktes Meissen im Monate März ds. J. festgesetzte und um fünf vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwirthern innerhalb der Amtshauptmannschaft im Monate April ds. J. an Militärpersonen zur Verabreichung gelangte Marschfoursage beträgt

7 Mk. 58,6 Pf.	für 50 Kilo Hafer,
3 " 67,5 " "	50 " Gerst,
2 " 10 " "	50 " Stroh.

Meißen, am 1. Mai 1897.

Königliche Amtshauptmannschaft.
J. A. von Bose.

Tagesgeschichte.

Der Kaiser ist nach Beendigung seiner jüngsten Reisetournee, auf der er zuletzt als Gast beim Grafen Görz in Schlig weilte, wieder im Neuen Palais bei Potsdam eingetroffen. Doch wird der hohe Herr bereits in einigen Tagen von dem bevorzugten Sommerheim der kaiserlichen Familie wieder aufbrechen, um in Gemeinschaft mit der Kaiserin die angekündigte Reise nach Urville und Wiesbaden anzutreten. Nach den bisherigen Dispositionen wird sich die Kaiserin von Wiesbaden aus direkt nach dem Neuen Palais zurückbegeben, während der Kaiser einen Jagdausflug nach Schleißen zu unternehmen gedenkt. Der Regent Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin ist in Berlin eingetroffen, um nach erfolgter Liebernahme der Regenschaft dem Kaiser seine Aufwartung zu machen. In seiner Begleitung befindet sich der Generalmajor a la suite Freiherr v. Maltzahn.

Die Generaldebatte des Reichstages über die Novelle zum Invaliditätsversicherungsgesetz ist am Freitag nach dreitägiger Dauer zu Ende gegangen, ohne daß der Entwurf, wie dies bei wichtigeren Vorlagen üblich ist, an eine Kommission zur Vorberathung verwiesen worden wäre. Demnach soll die zweite Lesung gleich im Plenum stattfinden, daß es aber dahin kommen werde, ist höchst unwahrscheinlich. Der Verlauf der Generaldebatte hat zwar erkennen lassen, daß man im Reichstage allseitig von der Notwendigkeit einer Abänderung des Invalidenversicherungsgesetzes überzeugt ist, aber zugleich erhellte aus den Verhandlungen, wie sehr die Meinungen über die geeigneten Mittel zur Umgestaltung dieses wesentlichen Theiles unserer sozialpolitischen Gesetzgebung auseinandergehen. Namentlich haben sich tiefe Gegensätze in den Anschauungen über die künftige Lastenvertheilung und über den Kreis der Versicherungspflichtigen gezeigt, eine Verständigung erscheint ziemlich aussichtslos, daher muß man die genannte Novelle wohl schon so gut als gescheitert betrachten.

An dem erwähnten letzten Tage der Generaldebatte über die Invalidenversicherung-Novelle sprach zunächst der Reichspräsident v. Stumm, welcher hauptsächlich für das Territorialprinzip und für die Aufrechterhaltung des jetzigen Kreises der Versicherungspflichtigen eintrat, im Uebrigen aber für Errichtung einer Reichsversicherungsanstalt plaidierte. Der nächstfolgende Redner, der freisinnige Führer Eugen Richter, bekämpfte die Bismarckschen Abänderungsanträge und empfahl dafür das vom Abgeordneten Köstke beantragte „Nothgesetz“, welches die hauptsächlichsten wirklichen Verbesserungsvorschläge der Regierungsvorlage enthält, dann unterzog sich Staatssekretär Dr. v. Bötticher dem undantbaren Geschäft einer nochmaligen Vertheidigung der Regierungsvorlage, zugleich erklärend, daß die Abänderungsanträge Köstke und Köstke für die Regierung unannehmbar seien. Der weitere Theil der Sitzung in welcher noch die Abgeordneten Dr. Dige, v. Manteuffel, Kühn, Steininger, Köstke und Liebermann v. Sonnenberg sprachen, war nicht belangreich. Für die nächste Sitzung am Montag standen die Interpellation der Rechten wegen der amerikanischen Zolltarifmaßregeln und die zweite Lesung des Auswanderungsgesetzes auf der Tagesordnung.

Die Budgetkommission des Reichstages beendete am Freitag die Verathung der Beamtenbesoldungsvorlage. Abgelehnt wurden u. A. alle vorgeschlagenen Gehaltserhöhungen der Tarifklassen I und II (Präsident des Reichseisenbahnamtes, Direktoren des Reichsamtes des Inneren, des Gesundheitsamtes, der Seewarte, Oberpostdirektoren u.).

Berlin, 1. Mai. Von der diesjährigen Kaiserfeier war hier kaum etwas zu merken; es wurde in allen Fa-

briken und Werkstätten gearbeitet, noch geringer als im Vorjahre war in diesem die Zahl der Arbeiter, welche von der Arbeit ferngeblieben waren. In einzelnen Fabriken fehlte nicht ein Mann. Die Maurer und Buzer hatten in mehreren Versammlungen vollständige Arbeitsruhe proklamirt; auf den größeren Bauten im Innern der Stadt wurde wie sonst gearbeitet. Auf den mehr der Peripherie zu gelegenen Baustellen fehlte ein kleiner Theil der Arbeiter, es waren fast ausschließlich die Buzer. Von anderen Gewerkschaften, die sich ebenfalls für vollständige Arbeitsruhe aussprachen, waren fast alle Mitglieder zur Arbeit erschienen. Der Besuch der 21 Gewerkschaftsversammlungen war ein schwacher; die polnischen Sozialisten hatten sich, mit dem Parteivorstand an der Spitze, in einem Lokale eingefunden, um von hier aus sich nach Treptow zu begeben, wo in einem Restaurant an der Köppler Landstraße Halt gemacht wurde. Vor dem Lokale hatte sich hartes Polizeiaufgebot eingefunden und verhinderte jede Demonstration. Die Kaiser-Wilhelm-Universität in Straßburg beging am 1. Mai die Jubelfeier ihres 50jährigen Bestehens durch glänzende Festlichkeiten. Möge die Straßburger Hochschule, dieser Hort deutscher Wissenschaft und dieses Bollwerk deutscher Gesinnung in den westlichen Grenzmarken des Reiches, auch ferner blühen, wachsen und gedeihen.

Die Verhandlungen zwischen dem Bund der Landwirthe in Hannover und den hannoverschen Nationalliberalen wegen eines eventuellen Zusammenschlusses beider Parteien bei den nächsten Reichstagswahlen sind gescheitert.

In vergangener Woche hat die feierliche Eröffnung der Dampferlinie Sahnitz (Nügen)-Trelleborg stattgefunden welche eine direkte Postverbindung zwischen Deutschland und Schweden herstellt. Der erste Theil der Eröffnungsfeier spielte sich in Sahnitz unter Betheiligung hervorragender Vertreter der Reichsregierung und der preussischen Regierung wie der schwedischen Regierung, der zweite Theil auf schwedischem Boden ab. Hier wurden die deutschen Gäste mit besonderer Auszeichnung empfangen und in Trelleborg, in Lund u. hoch gefeiert. Die neue Dampferlinie schlingt zugleich ein neues geistiges Band um die einander stammverwandten Völker Deutschlands und Schwedens und stellt sich demnach als ein beachtenswertes Friedenswerk dar, dessen Bedeutung denn auch in den verschiedenen offiziellen Festreden anlässlich der Eröffnungsfeier gebührend hervorgehoben worden ist.

Die Deutschliberalen u. im österreichischen Abgeordnetenhaus haben jetzt dem Ministerium Badeni wegen dessen gegenfreundlicher Sprachenverordnungen den schärfsten Kampf in aller Form angekündigt. Es sind von den verschiedenen Fraktionen der deutschen Linken im Wesentlichen gleichlautende Anträge eingebracht worden, wonach Ministerpräsident Graf Badeni und seine für den Erlass der Sprachen-Verordnungen mitverantwortlichen Ministerkollegen in Anklagezustand versetzt werden sollen. Von den Antragstellern werden die betreffenden Minister beschuldigt, sie hätten sich einer vorsätzlichen Verfassungsverletzung schuldig gemacht, denn laut Artikel 19 des Staatsgrundgesetzes könne die Alleinberechtigung von Sprachen nur im Wege der Gesetzgebung, nicht aber durch einseitige willkürliche Verordnungen einzelner Minister durchgeführt werden. Das mag richtig sein, trotzdem wird natürlich dieser Vorstoß der deutschen Opposition gegen das Ministerium Badeni ein Schlag ins Wasser bleiben, da die slavisch-meritale Mehrheit des neuen Abgeordnetenhauses die genannten Anträge der Linken mit Sicherheit ablehnen wird.

Der Kaiser von Oesterreich ist mit dem Erzherzog Otto von seinem Gegenbesuch am Petersburger Hofe wieder nach Wien zurückgekehrt. Die also wieder beendigte

jüngste Begegnung des Kaisers Franz Josef mit dem Czaren Nikolaus hat sich durch die Gleichzeitigkeit der kriegerischen Vorgänge im Orient zu einem politischen hochbedeutsamen Ereignisse gestaltet, welches weit über die Rahmen eines bloßen Höflichkeitsaktes hinausreicht. Als hervorstechendstes Ergebniss der Petersburger Kaiserbegegnung kann man den Beschluß beider Herrscher bezeichnen, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Reichern durch die orientalischen Wirren nicht trüben zu lassen und eine ernste Bedrohung der Reiche Europas hintan zu halten. Schon die zwischen den beiden Monarchen gewechselten Trinksprüche ließen diesen Entschluß erkennen, derselbe hat aber inzwischen noch eine weitere Beleuchtung erfahren. Denn die beiden Kaiser haben von Petersburg aus durch ihre Minister Rumänien, Montenegro, Serbien und Bulgarien ihren Dank für die bisherige korrekte Haltung dieser Balkanstaaten gegenüber dem türkisch-griechischen Krieg ausdrücken lassen, ein ganz ungewöhnlicher, aber sicherlich nur mit größter Genehmigung zu begründender Vorgang. Unterdessen hat die rumänische Regierung bereits ihren Dank für diese ihr gewordenen Anerkennung in Petersburg und Wien ausdrücken lassen.

Die Verabschiedung des Kaisers von Oesterreich von den Großfürsten und den russischen Herren trug den Charakter großer Herzlichkeit. Der Kaiser wurde nicht müde, seiner Freude und seinem Danke für die ebenso warme als glänzende Aufnahme Ausdruck zu geben. Als die Abfahrtsstunde nahte, umarmten und küßten die Kaiser einander zweimal. Gleichzeitig verabschiedete sich Erzherzog Otto vom Czaren und den Großfürsten. Am Ausgange des Hofwartesalons in den Perron standen Deputationen der beiden Regimenter des Kaisers Franz Joseph, der Strehle-Grenadiere und der Belgoroder Dragoner, ferner eine aus Nischen zur Begrüßung des neuen Inhabers, Erzherzog Otto, eingetroffene Deputation der Kubiner Dragoner. — Der Kaiser wendete sich zu den Offizieren des Strehle-Grenadier-Regiments, indem er ihnen in französischer Sprache seinen Dank aussprach mit den Worten: „Ich war hoch erfreut, mein schönes Regiment zu sehen.“ — Der Kaiser von Oesterreich spendete für die Armen von Petersburg 3000 Rubel, für den Petersburger österreichisch-ungarischen Hilfsverein 1500 Rubel, für den Odeßer Hilfsverein 500 Rubel, für katholische Kirchenzwecke an den Erzbischof in Petersburg 1000 Rubel und für die Dienerschaft des Winterpalais 2000 Rubel.

Madrid, 1. Mai. Der oberste Gerichtshof hat 5 in Barcelona verhaftete Anarchisten zum Tode verurtheilt. Dieselben sollen morgen hingerichtet werden.

Gegenüber den Erörterungen der französischen und englischen Blätter über Art und Zeitpunkt einer Intervention der Großmächte im türkisch-griechischen Kriege erfährt die „Nat.-Ztg.“ an unterrichteter Stelle, daß dort über alle diese Lesarten nichts bekannt ist. Hinzugefügt wird, daß ein bezüglicher greifbarer Vorschlag bisher überhaupt nicht gemacht worden ist. Wie wenig in der That eine Intervention der Mächte im gegenwärtigen Momente angebracht wäre, geht überzeugend aus einem Interview hervor, das der griechische Ministerpräsident Delhannis einem Vertreter des „Standard“ gewährte. Delhannis sagte, der Hauptwunsch Griechenlands sei, eine Grenzberichtigung in Thessalien, in Uebereinstimmung mit dem Berliner Vertrage, zu erhalten. Das Volk wünscht noch immer den Feldzug fortzusetzen. Wenn die Ehre Griechenlands auf diese Weise hergestellt sei, könne Griechenland seine Ansprüche auf den Besitz Kretas aufgeben, sich mit der Grenzberichtigung begnügen und die Autonomie der Insel unter europäischer Garantie annehmen. — Das ist